

---

# NIEDERSCHRIFT

## Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 06.11.2007

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

---

### Stimmberechtigte Mitglieder

#### Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp  
Hartmut Ganzke  
Karin Goddinger  
Ursula Lindstedt  
Hildegard Rüwald  
Ute Giedinghagen  
Elisabeth Schwarz  
Annelies Schwarzer  
Ursula Sopora  
Paul Wisniewski  
Jochen Nadolski-Voigt  
Heike Schaumann  
Jörg Sieger  
Adrian Mork

#### sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle  
Christel Jachmann  
Eleonore Köth-Feige  
Doris Holtmeier  
Rita Schröder  
Bodo Freund

---

#### Von der Verwaltung

Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III  
Herr Sparbrod, L FB 50  
Frau Grewe, FB 50  
Frau Raupach, RAA  
Herr Zakel, FB 50  
Frau Schmücker, PK  
Herr Vertgewall, Schriftführer

#### Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der  
SPD-Kreistagsfraktion  
Herr Wette, Geschäftsführer der  
FDP-Kreistagsfraktion  
Herr Ringelsiep, ARGE für Kreis Unna  
Herr Diekmännken, ARGE für den Kreis Unna  
Frau Schuon, Personalrat  
Herr Kabaca, RAA  
Vertreter der Presse und des lokalen Rundfunks  
Ein Zuhörer

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1**

ARGE Kreis Unna

- Vorstellung der Eckwerte des Arbeitsmarktprogramms 2008
- Sonstige aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II

#### **Punkt 2**

180/07

Richtlinien des Kreises Unna zur Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten nach dem SGB II -Grundsicherung für Arbeitsuchende- und dem SGB XII -Sozialhilfe-

#### **Punkt 3**

182/07

Aufrechnung von Ansprüchen des Sozialhilfeträgers  
mit Leistungen des SGB II -Grundsicherung für Arbeitsuchende-

#### **Punkt 4**

178/07

Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2007

#### **Punkt 5**

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur

Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Unna

### **Punkt 6**

181/07

Einführung einer Sozialkarte

### **Punkt 7**

Bericht aus der Kreispflegekonferenz

### **Punkt 8**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **Punkt 1**

ARGE Kreis Unna

- Vorstellung der Eckwerte des Arbeitsmarktprogramms 2008
- Sonstige aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II

### **Erörterung**

Herr Ringelsiep und Herr Diekmännken geben zunächst aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II. Aufgrund des seit kurzem vorliegenden Zahlenmaterials sei es nun möglich gewesen, einen interregionalen Vergleich der typengleichen Arbeitsgemeinschaften anzustellen. Eine Auswahl der Vergleichsdaten wird anschließend anhand einer Präsentation vorgestellt (dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt). Insgesamt sei die Arbeit der ARGE für den Kreis Unna von der Bundesagentur sehr positiv bewertet worden und dieses spiegele sich auch in dem dargestellten Zahlenwerk wieder. Unabhängig davon seien jedoch die Rahmenbedingungen weiterhin nicht als gut zu bezeichnen, dennoch werde man auch zukünftig versuchen, das Beste daraus zu machen. Unbedingt notwendig sei die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger und vor allem auch finanziell auskömmlicher Arbeitsplätze, die zu einer Beendigung der Hilfebedürftigkeit führen, so Herr Diekmännken.

Aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen sei es wichtig, Beschäftigung durch wirksame und nachhaltige Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen. Ein Bestandteil dessen stelle das Arbeitsmarktprogramm 2008 dar. Derzeit gehe man davon aus, so Herr Ringelsiep, dass auch im kommenden Jahr etwa 29 Mio. € an Ausgabemitteln zur Verfügung stehen, wovon rd. 14,1 Mio. € für Neumaßnahmen vorgesehen seien. Bei der Schwerpunktsetzung habe man sich an vorliegenden Rahmenwerten orientiert. So werde es spezielle Förderprogramme für die Zielgruppen der Jugendlichen, Frauen, Älteren, Migranten und Schwerbehinderten geben. Dabei sei auch beabsichtigt, dem oftgenannten Facharbeitermangel durch Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen entgegen zu wirken. Einen zweiten Schwerpunkt werde man durch Integrationsmaßnahmen setzen. Mittels Eingliederungszuschüssen wolle man versuchen, Arbeitnehmer wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der dritte Schwerpunkt werde dann auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten gerichtet sein. Man könne hierzu sicherlich verschiedene Ansichten vertreten, faktisch gebe es aber in der Kundschaft der ARGE nun einmal auch sehr leistungsschwache Bewerber, die sich weit weg vom regulären Arbeitsmarkt befänden.

Herr Ringelsiep informiert zudem darüber, dass es positive Tendenzen gebe, den Zuschlag für das von der ARGE initiierte Bündnisprojekt „Beschäftigungspakt für Ältere“ zu erhalten. Hierdurch eröffne sich die Möglichkeit, auf Kosten des Bundes zusätzliche Arbeitsvermittler einzustellen, die sich dann um diese Zielgruppe kümmern. Befassen werde man sich in 2008 auch mit der Gruppe der Selbständigen, die trotzdem noch zu den Kunden gehörten. Hier wolle man analysieren, ob die Selbständigkeit weiterhin tragfähig sei oder ob es möglicherweise Alternativen hierzu gebe. Auch bei den Bedarfsgemeinschaften werde man versuchen, durch gezielte Maßnahmen zu einer Beendigung der Hilfebedürftigkeit zu kommen.

Grundsätzliches Ziel werde es sein, die Mittel konsequent auf die Regionen zu verteilen und dabei vorrangig die Bedarfslage der einzelnen Kommunen berücksichtigen.

Zum Abschluss seines Vortrages weist Herr Ringelsiep noch auf eine aktuelle Problemsituation hin, die im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema „Arbeitsgelegenheiten“ stehe. Hier gebe es aktuell Bestrebungen des Bundesarbeitsministeriums sowie der Bundesagentur, wonach die ARGE'n Arbeitsgelegenheiten in Sozialkaufhäusern nur dann fördern dürften, wenn diese Kaufhäuser auch nur einem eingeschränkten, nämlich bedürftigen Klientel zugänglich seien. Da ein solches Verfahren nun wirklich nicht der Praxis entspreche, wäre es wünschenswert, wenn die Politik vor Ort sich über ihre Vertreter auf Landes- und Bundesebene für praxisorientierte Rahmenbedingungen einsetzen würde.

Die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Herr Ganzke merkt an, dass es trotz sehr guter Arbeit der ARGE vor Ort wieder einmal darauf hinaus laufen werde, dass der Kreis Unna für höhere Kosten der Unterkunft aufkommen müsse und ausschließlich der Bund finanziell entlastet werde. Hier müsse deutlich an die heimischen Bundestagsabgeordneten appelliert werden, sich für eine gesetzliche Änderung einzubringen. Hinsichtlich der von Herrn Ringelsiep angesprochenen Problematik der Sozialkaufhäuser hebt Herr Ganzke noch einmal die Bedeutung dieser Einrichtungen als Beschäftigungsinitiative hervor. Zudem könne es doch nicht Zielsetzung auf Bundesebene sein, durch die beabsichtigten Beschränkungen eine Zweiklassengesellschaft zu unterstützen.

## **Punkt 2**

180/07

Richtlinien des Kreises Unna zur Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten nach dem SGB II -Grundsicherung für Arbeitsuchende- und dem SGB XII -Sozialhilfe-

## **Erörterung**

Frau Warminski-Leitheußer erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass es trotz einer sinkenden Anzahl an Bedarfsgemeinschaften eine Steigerung bei den Kosten der Unterkunft gebe. Hintergrund seien die

bereits unter dem ersten Tagesordnungspunkt genannten Rahmenbedingungen, die für den Kreis Unna sehr schwierig seien. So gebe es im Kreis Unna zuviele Menschen, die trotz einer Arbeitsstelle noch Leistungen nach dem SGB II erhalten. Ein wesentlich Grund liege zudem darin, dass das erzielte Einkommen zunächst auf die Leistungen des Bundes und erst dann auf die Kosten der Unterkunft angerechnet werden. Hinzu kämen massive Kostensteigerungen bei der Energieversorgung und auch die Mehrwertsteuererhöhung habe sich negativ ausgewirkt.

Um die Kosten tatsächlich senken zu können, sei vorrangiges Ziel, so die Dezernentin, die Menschen in Arbeit zu bringen und diese Arbeit müsse in einem angemessenen Lohnniveau stehen. Allerdings gebe es noch ein weiteres Problem. Es sei beabsichtigt, die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft von derzeit 31,2 auf 28,6 % abzusenken. Dieses stelle für den Kreishaushalt eine Mehrbelastung von etwa 2 Mio. € dar. Ursprüngliches Ziel der Arbeitsmarktreform sei es gewesen, die kommunalen Haushalte zu entlasten, um die Ganztagsbetreuung für unter 3-Jährige sicherstellen zu können. Erreicht werde nun das genaue Gegenteil.

Herr Nadolski-Voigt ergänzt zum Abschluss, dass die von Frau Warminski-Leitheußer dargestellte Entwicklung leider absehbar gewesen sei. Hier wäre es seiner Ansicht nach notwendig, einen grundsätzlichen Appel an die Bundestagsabgeordneten zu richten und vielleicht auch die Frage aufzuwerfen, ob denn die Gesetzgebung ihr ursprüngliches Ziel überhaupt erreiche.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

### **Punkt 3**

182/07

Aufrechnung von Ansprüchen des Sozialhilfeträgers  
mit Leistungen des SGB II -Grundsicherung für Arbeitssuchende-

#### **Erörterung**

Herr Sparbrod teilt auf die Anfrage der CDU-Fraktion hin mit, dass alle Kommunen von dieser Aufrechnung Gebrauch machten und nur in wenigen Fällen, in denen möglicherweise freiwillige Vereinbarungen getroffen worden seien, von dem Verfahren abgewichen werde. Ihm sei es wichtig, so Herr Sparbrod, dass die Kommunen auch so verfahren würden, da es natürlich auch auf der Einnahmeseite entsprechend Berücksichtigung finde.

Frau Giedinghagen bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion für die Ausführungen und bittet darum, die Angaben dem Protokoll beizufügen (**Anlage 2**).

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **Punkt 4**

178/07

## Zuschüsse an die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Haushaltsjahr 2007

### **Erörterung**

Herr Sparbrod weist kurz darauf hin, dass diese Sitzungsvorlage jedes Jahr erneut auf der Tagesordnung stehe und dieses auch aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen notwendig sei.

### **Beschluss**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie beschließt:

Den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Unna werden aus Haushaltsmitteln des Jahres 2007 Zuschüsse für die Wahrnehmung von zusätzlichen und ergänzenden Aufgaben der sozialen Arbeit in folgender Höhe bewilligt:

Arbeiterwohlfahrt	30.677 €
Caritasverband	30.677 €
Diakonie	30.677 €
Deutsches Rotes Kreuz	30.677 €
<u>Der Paritätische, Kreisgruppe Unna</u>	<u>30.677 €</u>
Insgesamt	153.385 €

Weitere 1.535 € erhält die Diakonie im Kirchenkreis Unna e.V. als der für die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna z.Zt. tätige Sprecherverband. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt den gemeinsamen Verwendungsnachweis der Arbeitsgemeinschaft für das Jahr 2006 zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis**

einstimmig zugestimmt

### **Punkt 5**

Informationen der Verwaltung zur Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und zur Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Unna

### **Erörterung**

Frau Warminski-Leitheußer berichtet kurz über die Auflösung der Versorgungsverwaltung NRW und die damit verbundene Übernahme der Aufgaben durch den Kreis Unna. Der Bereich des Schwerbehindertenrechts werde dem Fachbereich Arbeit und Soziales als eigenständiges Sachgebiet zugeordnet. Die Bearbeitung des Elterngeldes werde aufgrund inhaltlicher Überschneidungen zukünftig im Fachbereich Familie und Jugend wahrgenommen. Darüber hinaus werde dem Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz die Aufgabe der medizinischen Begutachtung übertragen. Gemäß dem in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzip werde eine volle Kostenerstattung durch das Land sichergestellt. Die Einhaltung dessen werde man genau beobachten. Mit der Aufgabenübernahme habe das Land die Auflage verbunden, dass die Anzahl der Stellen im Schwerbehindertenrecht bis 2014 von 22,5 auf

20,5 Stellen und im Bereich des Elterngeldes von 4,5 auf 4 Stellen reduziert werden.

Im Kreis Unna gebe es etwa 90.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung. Das barrierefreie Kreishaus solle für diese Menschen dann auch als ortsnahe Anlaufstelle dienen. Die bislang im Haupthaus untergebrachten Bereiche ziehen nach dem Auszug der ARGE in das Dienstgebäude HansasträÙe, so die Sozialdezernentin zum Abschluss.

## **Punkt 6**

181/07

Einführung einer Sozialkarte

### **Erörterung**

Herr Mork erläutert ausführlich den konkretisierten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2007 zur Einführung der Sozialkarte und hebt dabei ausdrücklich die Notwendigkeit eines solchen Angebotes hervor.

Die CDU-Fraktion, so Frau Giedinghagen, stehe dem Antrag, der gute Ansätze enthalte, dennoch sehr kritisch gegenüber und werde ihn auch ablehnen. Die Erstellung einer Sozialkarte sehe man als Aufgabe der Kommunen an und von denen müsse auch die Initiative ausgehen. Zudem gebe es in vielen kreisangehörigen Städten und Gemeinden ein solches Angebot. Anhand des Beispiels der Stadt Unna zeige sich darüber hinaus, dass ein vorhandenes Angebot nicht immer auch angenommen werde.

Herr Ganzke erklärt, dass die SPD-Fraktion zunächst sehr überrascht gewesen sei, dass es noch einmal einen neuer Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegeben habe. Dennoch sei vorstellbar, dass man zumindest inhaltlich einige Dinge mittragen könne, da, wie bereits von Frau Giedinghagen festgestellt, gute Ansätze enthalten seien und eine Harmonisierung der Angebote durchaus sinnvoll sei. Zudem müsse man nicht davon ausgehen, dass es zu unabwägbaren Mehrbelastungen in den Kommunen komme. Hier sei es denkbar einen konkreten Prüfauftrag an die Verwaltung zu erteilen und die Angelegenheit in der Sozialdezernenten- und Bürgermeisterrunde zu thematisieren, um zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. Über den Antrag in seiner jetzigen Form werde man von Seiten der SPD-Fraktion nicht beschließen wollen. Forciert werden solle daher der angesprochene Prüfauftrag an die Verwaltung mit dem Ziel, eine intensive Diskussion in den Haushaltsgesprächen führen zu können.

Auch die FDP-Fraktion sehe den Antrag derzeit noch kritisch, so Frau Schaumann. Es stehe den Kommunen zu, selber darüber zu entscheiden, welche Angebote sie wem vorhalten. Hinsichtlich des im Antrag aufgeführten Punktes „Essen“ bleibe aus ihrer Sicht zunächst die Erfahrung aus dem Landesprogramm abzuwarten. Insgesamt gebe es noch einige Fragen, die zu klären seien.

Herr Mork teilt im Anschluss mit, dass man als Antragssteller natürlich einverstanden sei, wenn die im Antrag aufgeführten Punkte noch einmal einer näheren Prüfung unterzogen würden. Ziel seiner Fraktion sei es, eine einheitliche Lösung zu finden.

Die Entscheidung müsse auf kommunaler Ebene bei den Städten und Gemeinden getroffen werden, so Frau Sopora noch einmal für die CDU-Fraktion. Bereits vor längerer Zeit, so ihr Hinweis, habe bei der Einrichtung der JuLeiCa keine Einigung auf Kreisebene herbeigeführt werden können und hier sei es seinerzeit nur um geringe Vergünstigungen für ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit gegangen. Vermisst habe man in der Auflistung eine Stellungnahme der Kommunen, wie diese zu dem Thema stehen.

Frau Warminski-Leitheußer weist auf Nachfrage von Frau Schwarz noch darauf hin, dass es durchaus Aufgabe des Kreises Unna sei, in der Angelegenheit koordinierend tätig zu werden. Insofern sei es sinnvoll, die Angelegenheit noch einmal in der Sozialdezernentenkonferenz anzusprechen.

Im Anschluss an die ausgiebige Diskussion trifft der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2007 folgenden

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche finanziellen Auswirkungen mit den im Antrag aufgeführten Punkten verbunden sind. In dem Zusammenhang werden mit den kreisangehörigen Kommunen Gespräche über eine mögliche Harmonisierung der vorhandenen Angebote geführt. Über die Ergebnisse wird in den Haushaltsgesprächen berichtet.

### **Abstimmungsergebnis**

mehrheitlich zugestimmt (bei 8 Gegenstimmen der CDU-Fraktion)

### **Punkt 7**

Bericht aus der Kreispflegekonferenz

### **Erörterung**

Herr Zakel berichtet kurz über die Inhalte der am 29.08.2007 stattgefundenen Kreispflegekonferenz. Auf der Tagesordnung habe u. a. die Umgestaltung des Johannes-Mergenthaler-Hauses in Schwerte gestanden. Die sehr alte Einrichtung werde derzeit mit Mitteln des Landesbauministeriums modernisiert und zu einer modellhaften Pflege- und Wohneinrichtung umgebaut. Weiterhin sei die neue Geriatrie in Schwerte vorgestellt worden. Der dortige Chefarzt, Dr. Markgraf, habe in einem eindrucksvollen Vortrag über die Prinzipien der modernen Geriatrie berichtet. Man habe zudem Informationen über ein Forschungsprojekt zur Einführung der „Diagnosebezogenen Fallgruppen“ (DRG) erhalten und Kenntnis von damit verbundenen Erfahrungen genommen. Ebenfalls behandelt habe man als Schwerpunktthemen die Eckpunkte der Reform des Pflegegesetzes sowie die Kommunale Pflegeplanung.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen von Herrn Zakel zur Kenntnis.

### **Punkt 8**

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### **1. RAA – Vorstellung von Herrn Kabaca**



### **Erörterung**

Herr Gökhan Kabaca stellt sich kurz als neuer Mitarbeiter der RAA Kreis Unna und Nachfolger des in den Ruhestand übergegangenen Herrn Yusuf Yilmaz vor.

## **2. Integrationskonzept „Komm.In“**

### **Erörterung**

Frau Warminski-Leitheußer weist darauf hin, dass das von der RAA Kreis Unna erstellte Integrationskonzept überregionale Anerkennung gefunden habe und auch von Seiten des Ministeriums weiterempfohlen werde. Mittlerweile stehe man sogar kurz davor, das dazugehörige Integrationsportal an eine andere Behörde zu verkaufen.

## **3. Geriatrie – Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.10.2007**

### **Erörterung**

Frau Warminski-Leitheußer weist darauf hin, dass Herr Zakel die Anfrage schriftlich beantwortet habe. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit werde das Antwortschreiben als Anlage der Niederschrift beigefügt (**Anlage 3**).

## **4. Kurzzeitige Betreuung von jüngeren behinderten Menschen in Einrichtungen**

### **Anfrage von Frau Lindstedt**

### **Erörterung**

Frau Lindstedt berichtet über den Fall einer Kurzzeitpflege eines jüngeren behinderten Menschen in einer Senioreneinrichtung und fragt in dem Zusammenhang an, welche Betreuungsmöglichkeiten es überhaupt für jüngere behinderte Menschen im Kreis Unna gebe. Herr Sparbrod teilt hierzu mit, dass eine entsprechende Übersicht erarbeitet werde (eine Übersicht der Verhinderungs-/Kurzzeitpflegemöglichkeiten für jüngere behinderte Menschen im Kreis Unna ist bereits als **Anlage 4** beigefügt).

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr

### **Anlage:**

1. Die ARGE Kreis Unna im Vergleich – Folienvortrag
2. Aufrechnung von Ansprüchen des Sozialhilfeträgers / Anfrage der CDU-Fraktion
3. Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema „Geriatrie“
4. Zwischenmitteilung der Verwaltung zur Anfrage von Frau Lindstedt

Nadolski-Voigt

Vorsitzender

Vertgewall

Schriffführer

